



STVV 7.10.2021, Top 22 Ausbau des Breitbandnetzes Rede Hanns-Christian Wüstner,

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

der Ausbau des Breitband-Glasfasernetzes als Grundlage einer vernünftigen Digitalisierung für alle Bürger, also auch der Bensheimer Innenstadt und der Stadtteile, ist dringend geboten und ein hehres Ziel, weil es die letzten Jahrzehnte insbesondere in den ländlichen Randlagen sträflich vernachlässigt worden ist. Das unterstützen natürlich die Grünen.

Zu dem vorliegenden Antrag wollte ich deshalb gerade meiner Fraktion zur Zustimmung raten, weil die Sache wirklich wichtig ist. Doch dann beschlichen mich Zweifel: Was haben die Kommunen damit zu tun? Doch bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieser Antrag als publizistisches nebulöses Manöver der Antragsteller!

Warum? Die Sache ist etwas komplizierter als das, was bisher hier vorgebracht wurde:

- 1.) Der Breitbandausbau unterliegt dem Telekommunikationsgesetz. Ausbauende Unternehmen müssen sich bei der Bundesnetzagentur registrieren und agieren im wesentlichen privatwirtschaftlich. Kommunen haben da zunächst keine Rolle der Koordination. Kommunen können lediglich in unwirtschaftlichen Gebieten Förderung erhalten und diese an entsprechende Unternehmen weiterleiten.
- 2.) Dazu und zur Erfüllung des hier vorliegenden Antrags bedarf es des Know-Hows, der in vielen Kommunen – und so vermutlich auch in Bensheim – nicht vorhanden ist. Das ist aber auch nicht schlimm, immerhin ist Bensheim als größter Anteilseigner an der GGEW beteiligt. Und dort ist umfassendes Know-How vorhanden.



- 3.) Das Verlegeverfahren (Vibrationseinzugsverfahren) ist zudem fachlich bzgl. seiner Vor- und Nachteile noch zu beraten. Das kann dann subsidiär entschieden werden.

Ein viel besserer Vorschlag ist, mit der GGEW als Partner den Ausbau voranzutreiben, indem man mit ihr einen Vertrag abschließt als bevorzugter Ausbaupartner, sodass anschließend auch andere Anbieter wie Telekom, Vodafone etc. die Trassen benutzen dürfen. In der GGEW ist nämlich das Wissen um die Realisierung angesiedelt.

So herum wird ein Schuh daraus. Der vorliegende Antrag führt in die Irre, erzeugt Arbeit ohne sichtbaren Nutzen und verzögert den Ausbau weiter. Er ist deshalb heute in dieser Form nicht reif zur Abstimmung. Das Thema muss noch im Ausschuss beraten werden.

Wir beantragen daher den Verweis in den Bau- Umwelt- und Planungsausschuss.

Hanns-Christian Wüstner

Stadtverordneter